

Dienstag, 16. Juni 2020, Stadtausgabe / Frankfurt

CDU will autoarme Innenstadt

Fraktion wirbt in Grundsatzpapier für Anreize zum Umstieg auf Bus, Bahn oder Fahrrad statt Einfahrtverbote

VON CHRISTOPH MANUS



Rote Radwege sollen die Straßen für Radfahrer sicherer und attraktiver machen.
michael schick

Die Stadt Frankfurt muss nach Ansicht der CDU im Römer mehr unternehmen, damit die Menschen ihre Wege in der Stadt mit Bussen und Bahnen, auf dem Fahrrad oder zu Fuß zurücklegen, anstatt mit dem Auto. Die im Mai veröffentlichte Studie „Mobilität in Städten“ habe gezeigt, dass der Umstieg vom motorisierten Individualverkehr auf den ÖPNV nicht funktioniere wie gewünscht, sagte CDU-Fraktionschef Nils Köbller am Montag bei der Vorstellung eines Grundsatzpapiers zur Verkehrspolitik. So sei der Anteil der mit öffentlichen Verkehrsmitteln und der zu Fuß zurückgelegten Wege in Frankfurt sogar zurückgegangen.

Auch dass die Zahl der Frankfurter Haushalte ohne Autos sinke

und die Zahl der Verkehrsunfälle mit Fußgängern zugenommen habe, seien schlechte Zeichen, sagte Kößler. Allgemein zeigten sich der Fraktionschef und der verkehrspolitische Sprecher der CDU im Römer, Martin Daum, mit der Arbeit von Verkehrsdezernent Klaus Oesterling (SPD) unzufrieden. Eine durchdachte Gesamtverkehrsplanung fehle, kritisierten sie vor Journalisten.

Die CDU wolle keine autogerechte Stadt. Sie sehe aber die freie Wahl des Verkehrsmittels als zentral an, sagte Kößler – und warb dafür, den Umstieg vom Auto auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel mit Anreizen statt Verboten zu erreichen. Eine autofreie Innenstadt etwa komme für die Fraktion nicht infrage, eine „autoarme“ Innenstadt aber durchaus. Eine Reduzierung des Autoverkehrs im Zentrum sehe auch die Wirtschaft positiv, hieß es.

Auch eine „Temporeduzierung“ in der Innenstadt hält die CDU für machbar. Dabei denkt sie, wie Daum und Kößler auf Nachfrage präzisierten, an Tempo 30. Das solle allerdings nicht auf den „Magistralen“ durch das Zentrum gelten, schränkte Kößler ein.

Autos statt Park am Mainkai

Auch auf dem Mainkai sollen wieder Autos fahren dürfen. Eine dauerhafte Sperrung, wie sie der Koalitionspartner SPD will, oder eine Verlängerung des Verkehrsversuchs, für die die Bündnispartner von den Grünen sind, lehnt die CDU ab. Die Sperrung sei gescheitert, sagte Kößler. Er warb für eine Lösung mit einer Autospur pro Richtung, Tempo 30 und einem neu gestalteten Bereich am Eisernen Steg. Das sei auch für Radfahrer besser, als wenn der Mainkai sich in den von der SPD gewünschten Park verwandele.

Trotz der Corona-Krise und des riesigen Defizits, mit dem die Stadt rechnet, wirbt die CDU im Römer für einen raschen Ausbau des ÖPNV-Netzes und der Kapazitäten auf den vorhandenen Strecken. Sie setzt sich etwa für eine Ringstraßenbahn, den Schienenring Regionaltangente Ost, die Straßenbahn- oder U-Bahn-Anbindung von Sossenheim und Rödelheim und den U-Bahn-Lückenschluss zwischen Bockenheim und Ginnheim mit zentraler Anbindung des Uni-Campus Westend ein. Sie fordert zudem neue Schnellbusse, Quartiersbusse, Busse auf Abruf für Stadtteile an der Peripherie und eine bessere Aufenthaltsqualität an den Bahn-

höfen und Haltestellen.

Damit mehr Pendler etwa mit der S-Bahn statt per Auto in die Stadt kommen, hält die CDU einen Ring von Park-and-Ride-Parkplätzen rund um Frankfurt für nötig. Auch das Radnetz in Frankfurt soll nach Vorstellungen der Römer-Fraktion zügig ausgebaut und mit Schnellwegen ins Umland verknüpft werden. Den Bau von Brücken für Fahrradfahrer und Fußgänger hält sie in Einzelfällen für sinnvoll. Fußgänger sollen mehr Platz im Straßenraum erhalten. Eine Mindestbreite von 2,5 Metern für Fußwege müsse Standard werden, heißt es.

Lösungen für den Wirtschaftsverkehr, also etwa Anlieferungen, sollte die Stadt nach Ansicht der CDU mit Handel, Gewerbe und Industrie entwickeln. Sie bringt etwa ein stadtweites Güterverteilzentrum, mehr Mikrodepots und ein neues Lieferzonenkonzept ins Spiel.